STADT BIELEFELD
- Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz -

Sitzung Nr. AfUK/041/2025

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz

am 14.05.2025

Tagungsort:	Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	21:10 Uhr

Anwesend:

CDU
Herr Bernd Henrichsmeier
Herr Dr. Matthias Kulinna
Herr Tim Pollvogt
Herr Henry Schuckmann
Frau Carla Steinkröger

SPD
Frau Dorothea Brinkmann
Herr Kai-Philipp Gladow
Herr Ole Heimbeck — Stellv. Vorsitzender
Frau Sarah Leffers

Bündnis 90/Die Grünen
Herr Klaus Feurich-Tobien
Frau Dr. Adele Gerdes
Herr Thomas Krause
Herr Dominik Schnell — Vorsitzender

FDP
Herr Jan Maik Schlifter

Die Linke
Herr Carsten Strauch

Die PARTEI
Herr Marcelo Ruiz

Beratende Mitglieder
Herr Cemil Yildirim

Bürgernähe (Beratendes Mitglied nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW)
Frau Gordana Kathrin Rammert

Verwaltung

Herr Martin Adamski	Beigeordneter Dezernat 3
Frau Sabine Randermann	Stellv. Leiterin Umweltamt
Frau Friederike Hennen	Umweltamt
Herr Andreas Hofnagel	Umweltamt
Herr Adam Marek	Umweltamt
Herr Timoteus Peters	Umweltamt
Frau Birgit Reher	Umweltamt

Berichterstattung zu TOP 7

Herr Dr. Nils Neusel-Lange	Bielefelder Netz GmbH
Herr Dr. Lars-Holger Sobek	Bielefelder Netz GmbH

Berichterstattung zu TOP 12.2

Frau Nadine Etzkorn	Universität Bielefeld

Schriftführung

Frau Hanna Stemme	Umweltamt

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schnell, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Schnell weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 7 vorgezogen und nach dem Tagesordnungspunkt 2.2 und der Tagesordnungspunkt 12 nach dem Tagesordnungspunkt 5 behandelt werde.
Aufgrund der thematischen Zusammengehörigkeit werde der Tagesordnungspunkt 3.1, Anfrage „Verwaltungskosten zur Umsetzung der Baumschutzsatzung“, im Anschluss an die Berichterstattung zur Baumschutzsatzung, Tagesordnungspunkt 4.2, behandelt.

Herr Schnell kündigt die Informationsveranstaltung zum Naturwaldkonzept am 03.06.2025 an.

Er stellt die Zustimmung der Ausschussmitglieder fest.

-.-.-

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 40. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 19.03.2025

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 40. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 19.03.2025 wird genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Frau Randermann kündigt mündlich die KlimaKonferenz am 21.05.2025 an. Es folge eine Einladung per E-Mail.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 2.1 Bielefeld erneut als Fairtrade-Stadt ausgezeichnet

Herr Schnell verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Mitteilung.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 2.2 **12 Betriebe erhalten „ÖKOPROFIT® Regiopolregion Bielefeld“ Auszeichnung**

Herr Schnell verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Mitteilung.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Verwaltungskosten zur Umsetzung der Baumschutzsatzung (Anfrage der CDU vom 05.05.2025)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10122/2020-2025

Herr Schnell verweist auf die im Ratsinformationssystem eingestellte Anfrage und dort veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Hinweis der Schriftführung:
Die Aussprache erfolgt im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 4.2, die Protokollführung erfolgt unter diesem Tagesordnungspunkt, siehe vor Eintritt in die Tagesordnung.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen**

Zu Punkt 4.1 **Nachtfahrverbot für Mähroboter zum Igelschutz**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9432/2020-2025

Herr Schnell weist darauf hin, dass es sich bei diesem Tagesordnungspunkt um einen Verweis aus dem Anregungs- und Beschwerdeausschuss handele. Der Tagesordnungspunkt sei im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz bereits in zwei Lesungen behandelt worden. Es liege zwischenzeitlich ein positives Votum des Naturschutzbeirates vor.

Frau Steinkröger berichtet aus dem Betriebsausschuss Umweltbetrieb. Sie schlage vor, die beschlossene und bereits laufende Kampagne zum Igelschutz zunächst abzuwarten.

Herr Feurich-Tobien berichtet von den verletzten Tieren in den Igelauffangstationen. Auch er halte die Kampagne für ein gutes und sinnvolles Instrument, um die Bielefelder Bürgerschaft zu informieren. Die Informationskampagne sei wunderbar aufgestellt. Jedoch könnten manche Menschen durch die Informationskampagne allein leider nicht erreicht werden. Eine Evaluierung des Erfolges der Informationskampagne sei schwierig. Die Dunkelziffer der verletzten Igel sei vermutlich hoch. Er verweist auf das deutliche Votum des Naturschutzbeirates. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde dem Nachtfahrverbot zustimmen.

Herr Heimbeck verweist auf seinen Beitrag in der letzten Beratung. Die politische Arbeit durch Beschlüsse werde entwertet, wenn Verbotsbeschlüsse nicht kontrolliert werden könnten. Die SPD-Fraktion werde dem Nachtfahrverbot nicht zustimmen können.

Herr Strauch äußert, er gehe davon aus, dass durch die Öffentlichkeitskampagne als Herzstück viele Menschen erreicht werden könnten. Trotz alledem sei dies für ihn nicht konsequent genug. Weiterhin gebe es verletzte Tiere, welche in den Auffangstationen behandelt würden. Im Sinne des Artenschutzes und auch im Sinne des Tierwohls sei es nur konsequent, das Verbot auf den Weg zu bringen. Dies sei ein deutliches Signal. Auch andere Gesetze seien nicht kontrollierbar. Er appelliert für das Nachtfahrverbot.

Herr Schlifter bezeichnet das Nachtfahrverbot für Mähroboter als Symbolpolitik. Er sehe den Bedarf nicht. Dies würde ein allgemeines Misstrauen wecken.

Herr Adamski verweist auf die eingestellte Stellungnahme. Falls es ein positives Votum gebe, sei eine Formulierung eines Beschlussvorschlages vorbereitet.

Auf Nachfrage verliest Herr Schnell ergänzend den Text der Anregung. Sollte ein positives Votum im Ausschuss vorliegen, müsste ein Beschlusstext formuliert werden, dieser sei in der Anregung nicht vorliegend.

Herr Pollvogt führt aus, dass es sich hier um ein Verbot handele, welches von vornherein nicht vollzogen werden solle. Es würde vermutlich ein Zeitungsartikel folgen, dass es ein Verbot gebe, welches nicht vollzogen würde. Er fragt nach dem Unterschied zur reinen Information über die Kampagne ohne Verbot.

Herr Feurich-Tobien erläutert, dass es Menschen gebe, die nur einem Verbot einer Relevanz beimessen würden. Eine Information sei unverbindlich, ein Verbot verbindlich. Es gebe in der Stadt Bielefeld einige Verbote, die nicht kontrolliert und sanktioniert würden. Es sei nicht das Ziel, all diese Verbote aufzuheben. Die verletzten Igel in den Auffangstationen würden nur die Spitze des Eisberges zeigen. Auch bei einer Zählung im nächsten Jahr könne nicht gesagt werden, ob eine geringere Zahl an weniger durch Mähroboter verletzten Igel läge oder daran, dass

zwischenzeitlich die Population der Igel kleiner geworden sei. Somit sei keine aussagekräftige Evaluierung möglich. Ein Verbot sei wesentlich effizienter als eine reine Information.

Herr Henrichsmeier berichtet von der eindrucksvollen Kampagne. Er appelliert, ein starkes Signal mit der Kampagne zu setzen und die Bevölkerung abzuholen und zu sensibilisieren. Hiermit werde schneller etwas erreicht als mit einem Verbot.

Herr Schnell lässt über die Anregung und die Verankerung eines Nachtfahrverbotes für Mähroboter abstimmen.
Die Anregung zum Nachtfahrverbot von Mährobotern wird abgelehnt.

- Die Anregung aus dem Anregungs- und Beschwerdeausschuss zum Nachtfahrverbot von Mährobotern zum Igelschutz wird mit Mehrheit abgelehnt. -

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Berichterstattung Baumschutzsatzung 2024

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9891/2020-2025

Herr Schnell begrüßt Frau Hennen, Umweltamt, als Vortragende. Es erfolgt eine Berichterstattung über die Baumschutzsatzung im Jahr 2024.

Hinweis der Schriftführung:
Der Vortrag ist anhand der im Ratsinformationssystem eingestellten Präsentation nachzuvollziehen.

Herr Schnell weist darauf hin, dass dieser Tagesordnungspunkt zusammen mit der Anfrage, eingestellt unter 3.1, behandelt werde. Anschließend erfolge die Behandlung des Antrages, eingestellt unter 4.3.

Frau Hennen erläutert auf Nachfrage von Frau Rammert die Vorgehensweise zum Nachweis von Ersatzpflanzungen.

Auf Nachfrage von Herrn Schlifter führt sie aus, dass das Erfordernis eines Gutachtens eine Sondersituation und Ausnahme darstelle. Dies sei nur notwendig, wenn verschiedene Meinungen vorlägen, beispielsweise, ob ein Baum abgängig sei.

Frau Steinkröger führt aus, dass die CDU-Fraktion nach wie vor gegen die Baumschutzsatzung sei. Sie wünsche sich wieder eine Baumerhaltungsrichtlinie. Die Baumschutzsatzung führe zu einem hohen bürokratischen Aufwand.

Herr Schlifter erkundigt sich nach den konkret angefallenen (Personal-) Kosten.

Herr Adamski verweist auf die übliche Berechnung mit Planstellen.

Herr Schnell eröffnet die Aussprache des zugehörigen Antrages, eingestellt unter Tagesordnungspunkt 4.3.

Herr Schlifter begründet den Antrag „Abschaffung der Baumschutzsatzung“. Es werde nicht in Frage gestellt, wie wichtig der Baumschutz sei. Der Kern der Frage sei, ob die Baumschutzsatzung das richtige Werkzeug darstelle. Die Annahme im Zuge der Baumschutzsatzung sei, dass private Gartenbesitzer gerne Bäume fällen würden. Er bezeichnet dies als Misstrauenskultur gegen die Bürgerinnen und Bürger. Es bringe die Bürgerinnen und Bürger untereinander und gegen die Stadt auf und fördere das Denunziantentum. Zusätzlich verursache die Baumschutzsatzung unnötige Kosten bei der Stadt und den betroffenen Personen. Es handele sich um eine Übergriffigkeit der Stadt in private Alltagsentscheidungen des Einzelnen. Er halte die Abschaffung für einen wichtigen Beitrag zur Entbürokratisierung und zum Baumschutz.

Herr Gladow verweist auf den Aspekt der Beratungsmöglichkeit in der Baumschutzsatzung, welche die Baumschutzsatzung besonders mache. Die Beratungsmöglichkeit stelle eine Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger dar. Nach wie vor stehe die SPD-Fraktion hinter der Baumschutzsatzung und lehne den Antrag ab.

Herr Feurich-Tobien betont, dass jeder Baum, welcher durch die Baumschutzsatzung erhalten bleibe, ein Gewinn darstelle. Nach vielen Beratungsgesprächen seien Fällungen oft nicht notwendig. Dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag ablehne, verstehe sich von selbst. Die Baumschutzsatzung sei ein sehr großer Erfolg für den Bestand der Bäume in Bielefeld.

Herr Henrichsmeier fühlt sich abgeholt durch den Vortrag und die ausgeführten Aspekte. Baumschutz habe Priorität. Er berichtet von Baumpflanzaktionen in Stieghorst. Weiter führt er aus, dass es Personen gebe, welche Bäume fällen würden, bevor sie aufgrund der Größe unter die Baumschutzsatzung fielen. Es gehe um eine Motivation für eine nachhaltige Bepflanzung. Er habe die Idee, dass 100.000 Euro der eben als Kosten genannten 200.000 Euro, jährlich genutzt würden, um Bäume den Bielefelderinnen und Bielefeldern zur Pflanzung zur Verfügung zu stellen.

Auch Herr Strauch lobt die Beratungen im Zuge der Baumschutzsatzung. Das Aufzeigen von Alternativlösungen zu Baumfällungen und den Aspekt der Ersatzpflanzungen fände er gut. Er betont, dass nicht vergessen werden dürfe, dass es sich auch um Menschenschutz handele, besonders bei Betrachtung der Erwärmung der Innenstädte und der Bedeutung der Bäume und Begrünung. Er sehe keine Alternative zur Baumschutzsatzung, diese habe sich etabliert. Er werde für den Erhalt der Baumschutzsatzung stimmen. Die Herausforderungen des Klimawandels bedürften neuer Regeln. Der Natur- und Klimaschutz dürfe nicht auf der Strecke bleiben.

Herr Adamski führt aus, dass in Quartieren und bei größeren Baumaßnahmen versucht werde, die Prokura auf fachkundige Gutachter und Vorhabensträger zu übertragen. Es erfolge dann eine Gesamtbetrachtung aller Bäume eines Vorhabens. Die grüne Infrastruktur dürfe bei allen Vorhaben in der Stadt Bielefeld nicht vergessen werden.

Nach Kenntnisnahme der Tagesordnungspunkte 4.2 und 3.1 lässt Herr Schnell über den Antrag unter Tagesordnungspunkt 4.3 abstimmen.
Der Antrag zur Abschaffung der Baumschutzsatzung wird abgelehnt.

Hinweis der Schriftführung:
Das Abstimmungsergebnis ist unter Tagesordnungspunkt 4.3 protokolliert.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4.3 Antrag "Abschaffung der Baumschutzsatzung" zu TOP "Vollzug der Baumschutzsatzung 2024" (Antrag der FDP vom 18.03.2025)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9877/2020-2025

Hinweis der Schriftführung:
Die Aussprache erfolgte gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 4.2. Die Protokollführung erfolgte unter 4.2.

Beschlussvorschlag:

Die am 23.06.2022 vom Rat der Stadt Bielefeld beschlossene Baumschutzsatzung wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt abgeschafft.

- mit Mehrheit abgelehnt -

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 6 Kommunale Wärmeplanung der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10013/2020-2025

Herr Schnell begrüßt Herrn Peters, Umweltamt, als Vortragenden.

Herr Peters berichtet über die Kommunale Wärmeplanung der Stadt Bielefeld.

Hinweis der Schriftführung:
Der Vortrag ist anhand der im Ratsinformationssystem eingestellten Präsentation nachzuvollziehen.

Herr Dr. Kulinna äußert, dass die CDU-Fraktion hinter der Kommunalen Wärmeplanung stehe. Sie würden jedoch ungern so umfassend wie im Beschlusstext formuliert beschließen. Er stellt den Änderungsantrag, dass unter Punkt 1 der Beschlussvorlage 10013/2020-2025 die Worte „inklusive Umsetzungsmaßnahmen“ gestrichen würden. Dies solle besser später in Bezug auf einzelne Maßnahmen separat beschlossen werden. Falls der Änderungsantrag nicht beschlossen werde, bittet er um die getrennte Abstimmung der Punkte. Über die Punkte 2 und 3 könne gemeinsam abgestimmt werden.

Herr Adamski führt aus, dass eine Legitimierung erforderlich sei, um die Steckbriefe und Maßnahmen durchzuführen. Diese würden zu einem großen Anteil gefördert. Nicht alle Maßnahmen der Kommunalen Wärmeplanung fielen unter die Regie der Stadtwerke. Ein Beschluss entsprechend der Vorlage sei als Legitimation für das weitere Vorgehen notwendig. Er bittet um die Beibehaltung des vorliegenden Beschlusstextes.

Herr Peters führt aus, dass für die Umsetzung der Wärmewende sechs Handlungsfelder mit insgesamt 24 Maßnahme empfohlen würden.

Frau Steinkröger merkt an, dass der Änderungsantrag auf der Befürchtung beruhe, nicht bei allen Maßnahmen genügend mitgenommen zu werden. Die Ausführungen hierzu würden nun jedoch anders klingen. Sie bedankt sich für die Erläuterungen, dass begleitende Informationen und begleitende Beschlüsse folgen würden.

Herr Schlifter betont, dass die FDP einer Weiterbearbeitung des Themas zustimme. Dies bedeute jedoch ausdrücklich nicht, dass sie mit jedem einzelnen Punkt übereinstimmen und mit jeder einzelnen Maßnahme einverstanden seien. Die Zustimmung jetzt stelle keinen Freifahrtschein dar, eine kommende Satzung nur noch pro forma abzuwickeln. Hier sei eine Debatte notwendig. Es handele sich nicht um „Vorratsbeschlüsse“.

Herr Adamski hebt hervor, wie erfreut er über die überparteiliche Zustimmung sei. Er wolle dies nicht durch zu wenig Kommunikation oder zu wenige Beschlussvorlagen trüben. Er sichert eine vollumfängliche Mitnahme zu.

Herr Dr. Kulinna führt aus, dass der Änderungsantrag bestehen bleibe und bittet um die bereits ausgeführte Vorgehensweise.

Es ergeht die Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, siehe TOP 6.1. Der Änderungsantrag wird abgelehnt.
Im Anschluss ergeht die getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte. Über die Punkte 2 und 3 erfolgt eine gemeinsame Abstimmung.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

1. **die beigefügte Kommunale Wärmeplanung der Stadt Bielefeld inklusive Umsetzungsmaßnahmen als Rahmenplanung in Form einer Fachstrategie zu beschließen.**

- mit Mehrheit beschlossen -

2. **die Kommunale Wärmeplanung als Rahmenplanung in Form einer Fachstrategie bei allen planerischen und infrastrukturellen Aktivitäten, Verfahren und Baumaßnahmen zu berücksichtigen.**
3. **die Verwaltung zu beauftragen, die Umsetzung der Kommunalen Wärmeplanung in die nächste Phase zu überführen, die Beteiligungsprozesse zu koordinieren und konkrete Maßnahmen zur Transformation der Wärmeversorgung in Bielefeld in enger Abstimmung mit relevanten Akteuren zu initiieren und den Fachgremien regelmäßig über den Fortschritt zu berichten.**

- einstimmig beschlossen. -

-.-.-

Zu Punkt 6.1 Änderungsantrag zu TOP "Kommunale Wärmeplanung der Stadt Bielefeld" (Antrag der CDU vom 14.05.2025)

Hinweis der Schriftführung:
Die Aussprache und Protokollführung erfolgten unter TOP 6.

Beschlussvorschlag:

Unter Punkt 1 der Beschlussvorlage 10013/2020-2025 werden die Worte „inklusive Umsetzungsmaßnahmen“ gestrichen.

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung abgelehnt -

-.-.-

Zu Punkt 7 Vortrag Stadtwerke Stromnetzausbau

Herr Schnell und Herr Adamski begrüßen die Vortragenden, Herrn Dr. Neusel-Lange und Herrn Dr. Sobek, Bielefelder Netz GmbH. Herr Adamski führt kurz in die Thematik ein.

Die Vortragenden berichten über den Stromnetzausbau in Bielefeld.

Hinweis der Schriftführung:
Der Vortrag ist anhand der im Ratsinformationssystem eingestellten Präsentation nachzuvollziehen. Aufgrund sensibler, nicht zur Veröffentlichung freigegebener Daten ist die eingestellte Präsentation an entsprechenden Stellen gekürzt worden.

Auf Nachfrage von Herrn Feurich-Tobien erklärt Herr Dr. Sobek, dass bei einer geplanten Installation einer größeren Photovoltaik-Anlage eine

Netzverträglichkeitsprüfung erfolge. Hier werde geprüft, ob die geplante Photovoltaik-Anlage an dem gewünschten Punkt sicher in das Bielefelder Netz eingespeist werden könne. Falls dies nicht möglich sei, werde ein besserer Punkt zugewiesen oder es erfolge eine Netzverstärkung. Grundsätzlich bestehe die Verpflichtung, einen Netzausbau zu betreiben, falls das Netz eine Einspeisung nicht verkrafte.
Weiter führt er den Aspekt und die Hintergründe der Speicher und Systemstabilität aus. Der Verbrauch und die Erzeugung müssten im gleichen Verhältnis stehen, sonst werde das System instabil.

Herr Dr. Neusel-Lange führt aus, dass ihm nicht bekannt sei, dass aus Gründen der Systemstabilität TenneT im Versorgungsgebiet Bielefeld größere Maßnahmen plane. Durch die Steigerung der Kuppelkapazität bestehe an den Kuppelstellen jedoch Ausbaubedarf. Durch eine perspektivisch technisch notwendige räumliche Verlagerung einer Kuppelstelle an einen anderen Umspannwerksstandort könne es möglicherweise zu Flächeninanspruchnahmen in dem näheren Umfeld kommen.

Herr Ruiz erklärt, dass sich der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz und die Stadt Bielefeld ambitionierte Ziele im Bereich Klimaschutz gesetzt hätten. Es stelle sich die Frage, ob die Stadt Bielefeld es schaffe, das Stromnetz in einem Tempo zu modernisieren, dass die selbstgesteckten Ziele erreicht würden. Er wünscht sich eine Einordnung vor dieser Zielkulisse.

Herr Dr. Neusel-Lange führt hierzu aus, dass vieles von den Rahmenbedingungen, welche gesetzt würden, abhänge. In diesem Bereich handele es sich weitestgehend um Technik, die bereits beherrscht werde und keine neuen Innovationen zur Problemlösung notwendig seien. Wichtig seien die Aspekte Zeit, Geld, Ressourcen und Baustellenbelastung. Im Stromnetz sei die Zielerreichung im Vergleich zu anderen Sparten am realistischsten, weil das System und die Rahmenbedingungen darauf ausgelegt seien, dass keine Anfrage unbedient gelassen werde. Es handele sich um einen vorausschauenden Netzausbau. Im Stromnetz könnten Umsetzungen oft ohne eine offene Bauweise erfolgen. Es sei realistisch, dass Bielefeld auch in 20 Jahren mit allen neuen Bedarfen genauso sicher wie heute mit Elektrizität versorgt werde.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Kulinna zum Geschäftsmodell führt Herr Dr. Neusel-Lange aus, dass es Investitionsanreize für Stromnetzbetreiber gebe. Lange Zeit hätten Stromnetzbetreiber zu wenig investiert. Gleichzeitig bestehe die gesetzliche Verpflichtung eines nur bedarfsgerechten Ausbaus. Die Netzausbaupläne seien öffentlich einsehbar. Weiter gebe es Regularien zur Effizienz. Die Bundesnetzagentur achte stark auf den Verbraucherschutz. All diese Faktoren würden in die Netzentgelte einfließen.
Das Betreiben der Netze in Bielefeld von einem kommunalen Unternehmen und die Organisation über die Stadtwerke gewährleiste ein Stück weit den Einfluss der kommunalen Ziele auf die Festlegung der Strategien. Ein überregionales Unternehmen würde möglicherweise anderen Anreizmechanismen folgen.

Herr Dr. Neusel-Lange umreist die zukünftigen Perspektiven und geht auf Nachfragen zu Smart Grid, kritischen Spitzenzeiten und Speicherkapazitäten ein.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 8 **Ausweitung des Wasserschutzgebietes im Bereich des Flugplatz Bielefeld Senne (Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis "90/Die Grünen vom 09.11.2024)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9037/2020-2025/1

Herr Adamski führt aus, dass der Antrag grundsätzlich seine Berechtigung habe. Er weist jedoch darauf hin, dass alle erforderlichen Maßnahmen in der Vorbereitung seien, wie beispielsweise Probebohrungen, um das Verfahren anzustoßen. Er gehe davon aus, dass der Verfahren zur Unterschutzstellung als Wasserschutzgebiet in zwei bis drei Jahren abgeschlossen sei.
Auf Nachfrage von Herrn Feurich-Tobien erläutert er, dass der Antrag nicht erforderlich sei, das Vorgehen erfolge bereits unabhängig davon.
Er erläutert, dass sich die jetzigen Brunnen zu nah an den Landebahnen befänden.

Herr Feurich-Tobien bittet festzuhalten, dass der Ausschuss die Ausweisung als Wasserschutzgebiet begrüße. Weiter bittet er darum, dass der Ausschuss weiter über Zwischenstände zur Ausweisung informiert werde.

Herr Dr. Kulinna führt aus, dass bereits in der Bezirksvertretung Senne mitgeteilt worden sei, dass ein Beschluss nicht erforderlich sei. Auch dort habe er sich schon die Frage gestellt, ob ein Beschluss notwendig und sinnvoll sei, wenn das Verfahren bereits laufe. Die CDU-Fraktion sei für die Ausweisung des Wasserschutzgebietes.

Herr Schlifter bittet allgemein darum, falls andere Intentionen, wie eine Entscheidung über den Flughafen, verfolgt würden, dies auch entsprechend zu beantragen.

Herr Feurich-Tobien betont, dass es hier um die Ausweisung des Schutzgebietes gehe. Er erkundigt sich, wie am besten mit dem vorliegenden Antrag umzugehen sei.

Frau Brinkmann schlägt vor, die vorliegende Information der Verwaltung zu Kenntnis zu nehmen und nicht über den Antrag abzustimmen.

Herr Schnell fasst zusammen, dass der Ausschuss die Ausweisung begrüße und schlägt vor über die Nichtbefassung des Antrages abzustimmen.

Herr Schlifter stellt einen Antrag auf Nichtbefassung des Antrages.

Herr Feurich-Tobien ergänzt die Bitte der weiteren Information.

Der Ausschuss begrüßt die Ausweisung des Wasserschutzgebietes. Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz bittet darum, weiter über das Verfahren informiert zu werden.
Der Antrag auf Nichtbefassung wird einstimmig beschlossen.

- Nichtbefassung (GeschO-Antrag) -

-.-.-

Zu Punkt 9 5. Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9631/2020-2025

Herr Marek, Umweltamt, führt kurz in die Thematik ein.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK) empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

1. **die beigefügte 5. Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes als Fachkonzept und Arbeitsgrundlage zu beschließen,**
2. **die Verwaltung zu beauftragen, die im Konzept enthaltenen Maßnahmen weiter zu konkretisieren und die notwendigen Planungs- und Umsetzungsschritte einzuleiten.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10 30 Jahre Schafbeweidung Bielefeld 1995-2025 – Ein Erfolgsmodell

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9623/2020-2025

Herr Schnell begrüßt Herrn Hofnagel, Umweltamt, als Vortragenden.

Herr Hofnagel berichtet über die Schafbeweidung in Bielefeld in den Jahren 1995-2025.

Hinweis der Schriftführung:

Der Vortrag ist anhand der im Ratsinformationssystem eingestellten Präsentation nachzuvollziehen.

Es erfolgt ein kurzer Austausch über die Thematik Schafbeweidung in Bielefeld.

-Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 11 **Maßnahmen der Stadt Bielefeld zur Förderung der Biodiversität**

Herr Schnell begrüßt die beiden Vortragenden, Frau Hennen und Herrn Hofnagel, Umweltamt.

Die Vortragenden berichten über die Maßnahmen der Stadt Bielefeld zur Förderung der Biodiversität.

Hinweis der Schriftführung:
Der Vortrag ist anhand der im Ratsinformationssystem eingestellten Präsentation nachzuvollziehen.

Es erfolgt ein Austausch über die Thematik Biodiversität. Es wird auf die Haushaltsmittel und weiteren Möglichkeiten vor allem bezüglich einer umfassenden Strategie ab dem Haushaltsjahr 2027 verwiesen.

Frau Hennen führt aus, dass eine weitere und fortlaufende Information des Ausschusses vorgesehen sei.

-Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 12 **Bielefelder Klimabeirat**

Zu Punkt 12.1 **Bericht aus dem Bielefelder Klimabeirat**

Über die letzte Sitzung des Bielefelder Klimabeirates wurde bereits berichtet.

-.-.-

Zu Punkt 12.2 **„Denken.Fühlen.Handeln – Ein Zukunftsfestival für planetarische Gerechtigkeit“**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9989/2020-2025

Herr Schnell begrüßt Frau Etzkorn, Universität Bielefeld, für mögliche Nachfragen.

Frau Steinkröger führt aus, dass die CDU-Fraktion den Vorschlag des Bielefelder Klimabeirates ablehnen werde. Ziel der Einbringungen des Klimabeirates sei eine CO_2-Reduzierung, die Vorschläge unter TOP 12.2 und 12.3 würden jedoch nicht dazu beitragen. Das Geld könne besser anders eingesetzt werden.

Herr Feurich-Tobien führt aus, dass der Klimabeirat ein Budget zur Verfügung gestellt bekommen habe. Er gehe von einem Einvernehmen aus, dass den Maßnahmen im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz zugestimmt werde.

Herr Pollvogt erläutert, dass die CDU-Fraktion die Vorschläge kritisch sehe. Die Kosten für Gagen, Unterbringung und Reisekosten würden eher CO_2 produzieren. Dies seien keine Vorschläge, welche er vom Klimabeirat sehen wolle. Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz agiere als Filter, die Vorschläge des Klimabeirates könnten angenommen oder abgelehnt werden.

Frau Etzkorn zeigt auf, dass bei angestoßenen Lern- und Bildungsprozessen teilweise nicht sofort eine CO_2-Reduzierung gemessen werden könne. Mittel- und langfristig würden hierdurch jedoch enorme CO_2-Einsparungen erzielt, weil den Menschen die Komplexität der Klimakrise vermittelt werde. Das Festival solle auch eine Bewusstseinsbildung für sozial-ökologische Krisen leisten. Nur auf CO_2-Einsparungen zu schauen, sei ein reduziertes Verständnis. Weiter führt sie die Bandbreite an Teilnehmenden aus.

Herr Schlifter widerspricht den Ausführungen von Herrn Feurich-Tobien. Es handele sich nicht um ein gewähltes Gremium. Ihn würden beide Anträge nicht überzeugen.

Herr Adamski führt den didaktischen Ansatz des Festivals aus. Es gehe um neue Ansätze, um Information und Sensibilisierung.

Frau Etzkorn geht auf die Aussage von Herrn Schlifter zur Zweckbestimmung ein. Es käme auf den Begriff von Klimaschutz an. Hier sei ein breit gefasster Begriff die Grundlage.

Herr Gladow findet den weit gefassten Ansatz begrüßenswert. Demokratie bedeute auch, den Raum für Diskussionen zu schaffen.

Herr Schnell lässt über den vorliegenden Vorschlag des Klimabeirates abstimmen.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK) beschließt das Projekt „Denken. Fühlen. Handeln- Ein Zukunftsfestival für planetarische Gerechtigkeit“ mit einer Summe von maximal 15.000 Euro aus dem Klimabudget zu unterstützen für die Durchführung von den in der Anlage aufgeführten Programmpunkten.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12.3 Förderung "Die Klimabahn fährt weiter"

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10007/2020-2025

Herr Schnell verweist auf die Ausführungen unter dem Tagesordnungspunkt 12.2 und lässt über den Vorschlag des Klimabeirates abstimmen.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK) beschließt, das Projekt „Die Klimabahn fährt weiter“ mit einem Betrag von maximal 8.000 Euro aus dem Budget des BKB zu fördern.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13 Bericht aus dem Naturschutzbeirat

Frau Hennen, Umweltamt, berichtet kurz über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung des Naturschutzbeirates am 08.04.2025. Behandelt worden seien die Themen Schafbeweidungsprojekt, Kampagne Bielefeld für die Igel und die Baumschutzsatzung. Unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes sei über die Waldrodung an der Ackerstraße/Kupferstraße informiert worden.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 14 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es liegt kein Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen aus vorangegangenen Sitzungen vor.

-.-.-